



die kommunalen Angebote besser und effektiver zu machen („Die neuen Kommunen ohne Grenzen“). Gezielte Partnerschaften von Kommunen sollen dafür sorgen, dass Ressourcen möglichst effizient eingesetzt und die besten Lösungen im Sinne der Daseinsvorsorge für die Bürger entwickelt werden. Das gilt für Pflichtaufgaben, wie beispielsweise einem zentralen BackOffice für Bürgerbüros, das gilt für die flächendeckende Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs. Es geht um zielgruppenorientierte Freizeit- und Erholungsangebote, sowie Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerung, es geht um die Auslastung von Infrastrukturen etc.

Instrumente und Regeln der REGIONALE

In diesen Bereichen werden zielführende Projekte umgesetzt, die einem hohen Qualitätsanspruch genügen: REGIONALE ist kein Alltagsgeschäft – wobei die Zeit drängt. In nur vier Jahren muss dieses komplexe Strukturprogramm auf die Schiene gesetzt, Akteure motiviert und aktiviert, Städte und Gemeinden ins Boot geholt und viele Interessen unter einen Hut gebracht werden. Orientierung gibt ein sogenanntes Navigationssystem, das Leitplanken für die Entwicklung von Projekten bietet, aber auch Impulse für die gezielte Initiierung von Vorhaben gibt, um thematische und räumliche Lücken zu füllen. Die Gleichzeitigkeit von Bottom-up-Prozess der Projektentwick-

lung vor Ort und Top-down-Verfahren der strategischen Steuerung ermöglicht aber auch die gegenseitige Inspiration dieser beiden Ebenen im Sinne des Gegenstromprinzips.

Die REGIONALE bietet die Chance, die Region als Ganzes in den Blick zu nehmen und dafür zu sorgen, dass die Schere zwischen den prosperierenden Bereichen und den ländlichen Räumen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, nicht weiter auseinandergeht – sondern vielmehr, dass die Region zusammenwächst! „Ein enormer Erfolgsfaktor für die Region ist die Fähigkeit zur Zusammenarbeit“, ist Landrat Manfred Müller aus Paderborn vom Gelingen überzeugt. Und die Region packt es gemeinsam an: Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft stehen hinter dem Programm, das von der regionalen Entwicklungsgesellschaft OWL GmbH gemanagt wird, in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung Detmold. Die Einbindung der regionalen Akteure in die Steuerung des REGIONALE-Prozesses ist in einer komplexen Arbeitsstruktur verankert.

Herbert Weber

Geschäftsführer der OstWestfalenLippe GmbH, Gesellschaft zur Förderung der Region, Bielefeld

„Das Problem ist die Demokratiezentralisation“

Ein Gespräch mit den Herausgebern des Buches „Neuland gewinnen“

Ostdeutschland verändert sich noch immer in einem rasanten Tempo. Gerade das Land und kleine Städte sind zum Sinnbild steckengebliebener Entwicklungshoffnungen geworden. Seit 2012 unterstützt die Robert Bosch Stiftung mit dem Programm „Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort“ engagierte Menschen und Initiativen, die Chancen auf Veränderung sehen. Vor diesem Hintergrund entstand die Publikation „Neuland gewinnen – Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten“, die 2017 im Christoph Links Verlag erschienen ist. Grund genug für uns, ein Gespräch mit den Herausgebern Siri Frech, Babette Scurrell und Andreas Willisch zu den Entwicklungschancen von Kleinstädten und Dörfern zu führen. Das Interview für unsere Zeitschrift (FWS) führte Frank Jost.

FWS: Ihr Buch behandelt 24 Projekte und Initiativen in Ostdeutschland. Ist der Ansatz des „Neulandgewinnens“ von Ostdeutschland auch auf Gebiete in Westdeutschland übertragbar?

Siri Frech: Zwar gibt es etwa in der Eifel, in Nordfranken oder

in Nordhessen vergleichbare Gebiete, die sich entleeren, die unter ökonomischen Strukturveränderungen und dem daraus folgenden demografischen Wandel sowie dem Verfall der Immobilienpreise leiden. Das alles ist im Westen aber über einen langen Zeitraum erfolgt und hat nicht „über Nacht“ auch die sozialen Strukturen und kulturellen Identitäten ins Wanken gebracht wie im Osten.

Andreas Willisch: Der Umbruch in Ostdeutschland ist in der Tat wesentlich radikaler, als er in schrumpfenden Gebieten Westdeutschlands erfolgt ist. Wir haben etwa die Städte Wittenberge und Pirmasens untersucht und wesentliche Unterschiede im Prozess der Deindustrialisierung festgestellt. Das soziale Kapital, die Netzwerke, das Vertrauen sind in Ostdeutschland selber Teil des Umbruchs und müssen neu erfunden werden. Davon handelt in erster Line das Buch „Neulandgewinner“. Vor diesem Hintergrund würde ein Buch über westdeutsche Neulandgewinner andere Erkenntnisse zutage fördern als die vorliegende Publikation.



FWS: Wie ist die Preisentwicklung bei den Bodenwerten im ländlichen Raum zu beurteilen?

Andreas Willisch: Es reden ja alle immer über den Preis für Immobilien oder Wohnbauland. Jedoch muss man hier dringend differenzieren: Die Flächenpreise für Ackerland stiegen in den letzten Jahren stark an, die Preise für Wohnbauland steigen vergleichsweise moderat oder fallen sogar. Der Blick muss meines Erachtens auch auf die landwirtschaftlichen Flächen gelegt werden – hier wird in großem Maße spekuliert.

Babette Scurrell: Selbstverständlich hängt die Entwicklung stark von der Lage ab. Es gibt Dörfer – etwa in der Uckermark – da finden Sie keine verfügbaren Immobilien mehr. Das ist auch von der Lage der Orte (Nahverkehrsanbindung) und ihrer Attraktivität abhängig. Hier steigen natürlich auch die Immobilienpreise aufgrund der starken Nachfrage. Schlechter als den Dörfern geht es dagegen vielen Kleinstädten. Sie haben zunehmend ihre alten Funktionen als Zentren verloren, sei es für Handel, Handwerk, Verwaltung und Gerichtsbarkeit oder auch als Orte politischer Aushandlung. Die Landwirtschaft braucht keinen Schmied mehr, die Leute brauchen keinen Tischler, kein Marktstädtchen mehr, die Verwaltungen sind zentralisiert worden: Wozu soll es Kleinstädte geben?



Abb. 1: Siri Frech, Babette Scurrell, Andreas Willisch (Hrsg.): Neuland gewinnen – Die Zukunft in Ostdeutschland gestalten, Christoph Links Verlag, Berlin 2017, ISBN: 978-3-86153-949-0 – 25,00 Euro

Andreas Willisch: Man muss diese Entwicklung einfach zur Kenntnis nehmen und die bisherige Sichtweise und planerische Hierarchie „Großstadt – Kleinstadt – Dorf“ in Frage stellen, das immer nach dem Prinzip „die Großen fressen die Kleinen“ dargestellt wird. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen müsste das Zentrale-Orte-Prinzip der Planung zur Disposition stehen.

Babette Scurrell: Dabei steht auch weniger die Frage der Verwaltungseffizienz im Vordergrund – was irgendwann onlineunterstützt ganz gut funktionieren mag –, sondern das Problem ist die Demokratiezentralisation. Was hat das Dorf noch mit der „Zentralstadt“ zu tun, von dem aus es regiert wird? Ortschaftsrat statt Dorfbürgermeister ist dann schon ein wesentlicher Bedeutungsverlust der Dörfer. Und die Interessen der Dorfvertreter in der „Stadt“ sind andere als die der „Stadtbürger“.

FWS: Welche Ansätze der beschriebenen Projekte sind aus Ihrer Sicht „übertragbar“ und können für andere Initiativen „modellhaft“ wirken?

Andreas Willisch: Es ist meines Erachtens bei vielen Projekten eher zweitrangig, ob sie „Nachahmer“ finden und ob sie – im Sinne einer „Verstetigung“ – auf Dauer bleiben. Es ist ein endloses Ausprobieren, das diesen Umbruch in Ostdeutschland ausmacht. Dabei können auch schon mal neun von zehn Versuchen scheitern. Schon der Begriff des „Scheiterns“ ist hier eigentlich falsch, weil immer am Erfahrungsschatz einer Region mitgebaut wird, auf den andere wieder zurückgreifen können. Die meisten Projekte kann man nicht nachmachen, weil die Personen und die Voraussetzungen vor Ort immer unterschiedlich sind.

Babette Scurrell: Man kann Erfahrungen nicht einfach abschöpfen wie Sahne und woandershin transportieren. Aber die Initiativen wirken als Inspiration.

Siri Frech: Das Buch ist die Idee von den Neulandgewinnern selbst und als „O-Ton-Buch“ konzipiert. Die Menschen, die sich im Programm beworben haben, kommen ja schon aus diversen Prozessen und Initiativen und haben schon Erfahrungen in der Projektarbeit. Manchmal ist das von vornherein auf Zeit konzipiert, manchmal ist es – wie etwa beim Demokratiebahnhof Anklam – so gut organisiert, dass die Verantwortung früh auf mehrere Schultern verteilt wurde.

Andreas Willisch: Alle sind immer auf der Suche nach „was Neuem“, nach dem „Besonderen“. Für jede Ausschreibung müssen Sie etwas Neues präsentieren – bewährte Projekte bei Wettbewerben einzureichen, geht eigentlich nicht. Und wenn Sie dann etwas Neues einreichen, ist gleich die nächste Frage: Wie verstetigt Ihr das denn jetzt? Hier entsteht ein echtes Dilemma für die Projekte vor Ort, und die Lösung dieses Dilemmas könnte in der Förderung von Personen anstelle von investiven Mitteln bestehen.



Siri Frech: Der Ruf nach dem „Innovativen“ torpediert in vielen Fällen auch die Leistungen für das „Alltägliche“, wenn etwa ein Bürgermeister in schwierigen finanziellen Verhältnissen die Versorgung mit Schulen, Kitas und sonstiger kommunaler Infrastruktur aufrechterhält, ohne dass dies entsprechend gewürdigt wird.

FWS: Thema Arbeitsplätze – ein sogenanntes „hartes Kriterium“ bei der Wohn- und Standortwahl: Wie sieht es damit im (ostdeutschen) ländlichen Raum aus?

Siri Frech: Am Beispiel des „Begegnungsbusses Buckow“ kann man sagen: Oft schaffen sich die künftigen Dorfbewohner ihre Arbeitsplätze selber. Anfangs wird vielleicht noch gependelt, dann entsteht ein erster Auftrag vor Ort, dann ziehen die Bewohner samt ihrer Arbeit aufs Land.

Babette Scurrrell: Oft sind es ja Kombinationen von ländlicher Arbeit und Arbeit in der oder für die Stadt. Außerdem werden oft schon in der Renovierungsphase von Häusern und Höfen Arbeitsplätze bei Firmen vor Ort gesichert. Oder es entsteht wirklich Neues: In Finsterwalde gibt es inzwischen ein veganes Restaurant und eine Lichtdesignerin – wer hätte das gedacht?

Andreas Willisch: Es ist doch wie bei der Frage nach der Henne und dem Ei: Was muss zuerst da sein? Selbst wenn ein Gewerbegebiet auf dem Land ausgewiesen wird und daneben ein Einfamilienhausgebiet: Es ist nicht sicher, dass die Beschäftigten auch dort draußen wohnen. Pendeln ist immer auch eine Option. Ich will damit nur sagen: Die Logik, dass ein Gewerbe- oder ein Baugebiet Menschen anzieht, muss hinterfragt werden. Menschen folgen nicht nur dieser Logik, sie haben vielfältige Motivationen.

FWS: Gentrifizierung im ländlichen Raum: Der Berliner Tagespiegel schrieb: In Gerswalde in Brandenburg werden „Invasionen von Berliner Hipstern“ am Wochenende oft auch kritisch von der angestammten Bevölkerung beobachtet. Das Problem ist: Hier leben ja schon Leute! Kann ein Dorf gentrifiziert werden?

Andreas Willisch: Schon vor einiger Zeit haben mir Bürgermeister in vielen Gesprächen versichert, dass sie dieses Problem gerne hätten. Nun ist dieser Fall inzwischen in einigen Gegenden tatsächlich eingetreten und damit eine nächste Stufe in dem Prozess der ständigen Veränderung der Dörfer. Und: Aus einer gewissen Perspektive gilt man – egal wie lang man schon in dem Dorf wohnt – immer als „der Neue“. Dies ist nicht nur die Sicht der angestammten Bevölkerung, sondern häufig auch die Sicht von außen. Die Fluktuation auf dem Land ist wesentlich höher, als man das allgemein annimmt. Vor diesem Hintergrund ist der Zuzug von Bewohnern ein Prozess, der eigentlich immer schon da war.

Siri Frech: Neben dem positiv besetzten Bild von Gentrifizierung, was einige Bürgermeister „als Problem gerne hätten“, heißt Gentrifizierung im negativen Bild in erster Linie auch Verdrängung. Was etwa in Berlin-Prenzlauer Berg in dieser Form erfolgte, ist jedoch auf dem Land – schon aufgrund der Eigentumsverhältnisse – nicht so ohne Weiteres möglich. Eine Herausforderung bei der Integration in das Dorfleben besteht bei den sogenannten „Wochenendlern“, die sich vorerst noch nicht in die dörflichen Strukturen, wie etwa die Freiwillige Feuerwehr, integrieren (können). Deshalb ist dies im Idealfall nur ein Übergangszustand mit dem Ziel, sukzessive die neuen Bewohner mitsamt ihrem Engagement auf Dauer als Bewohner zu gewinnen.



Abb. 2: Frank Jost im Gespräch mit Andreas Willisch, Babette Scurrrell und Siri Frech (v.l.n.r.)

Babette Scurrrell: Wenn wir schon über den Bevölkerungswandel im ländlichen Raum sprechen, so habe ich den Eindruck, dass über die Dörfer inzwischen Erkenntnisse hinsichtlich der Sozialbeziehungen vorliegen, über Kleinstädte zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern wissen wir hingegen bislang wenig. Wie gelingt da der Zusammenhalt? Gibt es auch hier Gentrifizierung? Das wäre doch auch mal ein Ansatz für Untersuchungen.

FWS: Frau Scurrrell, Frau Frech, Herr Willisch: Ich danke Ihnen für dieses Gespräch.